

Dugin: Die Welt am Rande des Abgrunds (Teil 2) – Globaler Kampf aller gegen alle

5 Jan. 2026 20:52 Uhr

Im zweiten Teil des Zweiteilers schildert Alexander Dugin, warum der Übergang von der unipolaren Hegemonie der USA zur multipolaren Weltordnung kaum vorankommt. Er warnt vor dem Ausbruch des Dritten Weltkriegs in diesem Jahr und ruft dazu auf, schnellstmöglich ein neues Völkerrecht und eine Ideologie der Multipolarität zu schaffen.



Quelle: Sputnik © Maxim Blinow
Alexander Dugin (18.12.2025)

Von Alexander Dugin

Den ersten Teil des Zweiteilers finden Sie [hier](#). Darin gibt Dugin einen Überblick über die Entwicklung des Völkerrechts bis zum Zweiten Weltkrieg und bis zur Gründung der Vereinten Nationen.

Die 1945 gegründete UNO hat ein System des Völkerrechts etabliert, das formal auf der Anerkennung der Souveränität basiert, faktisch jedoch auf dem Kräftegleichgewicht zwischen den Siegern des Zweiten Weltkriegs. Wirklich souverän waren nur Washington und Moskau. So blieb das Nachkriegsmodell mit der Ideologie verbunden, indem es den Nationalsozialismus abschaffte, aber das sozialistische Lager erheblich stärkte.

Das war die bipolare Weltordnung, die ihren Einfluss auf die übrigen Regionen der Welt ausübte. Alle Staaten, einschließlich der kürzlich befreiten Kolonien des Globalen Südens, standen vor der Wahl: Welches (von zwei!) ideologischen Modellen sollten sie übernehmen? Wenn sie sich für den Kapitalismus

entschieden, übertrugen sie ihre Souveränität an Washington und die NATO. Wenn sie sich für den Sozialismus entschieden, dann an Moskau.

Die Bewegung der Blockfreien Staaten versuchte, einen dritten Pol zu etablieren, aber dafür fehlten ihr sowohl die ideologischen als auch die militärischen Ressourcen.

Die unipolare Weltordnung

Die Nachkriegszeit etablierte also ein System des Völkerrechts, das auf dem tatsächlichen Kräfteverhältnis zwischen den beiden konkurrierenden ideologischen Lagern beruhte. Formal wurde die nationale Souveränität anerkannt, in der Praxis jedoch nicht. Das Westfälische Prinzip blieb nominell bestehen. In Wirklichkeit wurde alles durch das Kräftegleichgewicht zwischen der UdSSR und den USA mit ihren Satellitenstaaten entschieden.

Im Jahr 1989, während des Zusammenbruchs der UdSSR, der durch die destruktiven Reformen Gorbatschows verursacht wurde, begann der Ostblock zu zerfallen, und 1991 löste sich auch die UdSSR auf. Die ehemaligen sozialistischen Länder übernahmen die Ideologie ihres Gegners aus dem Kalten Krieg. Es entstand eine unipolare Welt.

Das bedeutete, dass sich auch das Völkerrecht qualitativ veränderte. Nun gab es nur noch eine einzige souveräne Instanz, die global geworden war: die USA oder der kollektive Westen. Eine Ideologie, eine Macht. Kapitalismus, Liberalismus, NATO. Das Prinzip der Souveränität der Nationalstaaten und die UNO selbst wurden zu Relikten der Vergangenheit, wie einst der Völkerbund.

Das Völkerrecht wurde fortan nur noch von einem Pol bestimmt – den Siegern des Kalten Krieges. Die Besiegten (das ehemalige sozialistische Lager – allen voran die UdSSR) übernahmen die Ideologie der Sieger und erkannten damit im Grunde ihre Vasallenabhängigkeit vom kollektiven Westen an.

In dieser Situation sah der liberale Westen eine historische Chance, die internationale liberale Ordnung und das Prinzip der Machtvorherrschaft miteinander zu verbinden. Dies erforderte eine Anpassung des Völkerrechts an die tatsächlichen Gegebenheiten. So begann in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts eine neue Welle der Globalisierung. Sie bedeutete die direkte Unterordnung der Nationalstaaten unter eine supranationale Instanz (eine Weltregierung) und die Einrichtung einer direkten Kontrolle über sie durch Washington, das zur Hauptstadt der Welt geworden war.

Die Europäische Union wurde genau als Vorbild für ein solches supranationales System für die gesamte Menschheit gegründet. Migranten wurden massenhaft genau zu diesem Zweck herbeigeschafft – um zu zeigen, wie die weltweite internationale Menschheit der Zukunft aussehen sollte.

Die UNO büßte in dieser Situation zunehmend an Bedeutung ein. Erstens basierte sie auf dem Prinzip der nationalen Souveränität (das es nicht mehr gab). Und zweitens waren die Sonderstellung der UdSSR und Chinas und ihr Platz im UN-Sicherheitsrat ein Relikt der bipolaren Ära.

Deshalb wurde in Washington über die Schaffung eines neuen – offen unipolaren – Systems der internationalen Beziehungen gesprochen. Es wurde als "Liga der Demokratien" oder "Forum der Demokratien" bezeichnet.

Dabei spaltete sich der Globalismus in den USA selbst in zwei Strömungen:

Erstens in den ideologischen Liberalismus, der für reinen Internationalismus steht und von Soros mit seiner "Open society", von USAID, der Woke-Agenda und so weiter repräsentiert wird.

Zweitens in Neocons – Anhänger einer unmittelbaren amerikanischen Hegemonie mit der NATO als Herrschaftsinstrument.

Im Wesentlichen waren beide Ansätze sehr ähnlich, aber gemäß dem ersten Ansatz ist die Globalisierung und Vertiefung der liberalen Demokratie in allen Ländern der Welt die Hauptpriorität, während der zweite Ansatz darauf abzielt, dass die USA das gesamte Territorium der Welt auf militärisch-politischer und wirtschaftlicher Ebene direkt kontrollieren.

Der Aufstieg der Multipolarität

Der vollständige Übergang vom bipolaren Modell des Völkerrechts zu einem unipolaren Modell fand jedoch trotz des Verschwindens eines der ideologischen/machtpolitischen Pole nie statt. Dies wurde durch den gleichzeitigen Aufstieg Chinas und den (späteren) Aufstieg Russlands unter Putin verhindert, als sich erstmals die Konturen einer völlig anderen Weltarchitektur – der Multipolarität – deutlich abzuzeichnen begannen.

Auf der den Globalisten (sowohl der Linken – der reinen Liberal-Internationalisten – als auch der Rechten – der Neokonservativen) entgegengesetzten Seite entstand eine neue Kraft. Diese ist zwar ideologisch noch nicht klar definiert, lehnt jedoch das ideologische Muster des liberal-globalistischen Westens ab. Diese zunächst noch vage Kraft begann, die UNO zu verteidigen und sich gegen die endgültige Festigung der Unipolarität zu wehren, d. h. gegen die Umwandlung des militärischen und ideologischen Status quo (der tatsächlichen Dominanz des kollektiven Westens) in ein dies verfestigendes Rechtssystem.

So befanden wir uns in einer Situation, die an Chaos erinnerte. Es stellte sich heraus, dass derzeit weltweit fünf Betriebssysteme der internationalen Beziehungen gleichzeitig in Kraft sind, die miteinander ebenso inkompatibel sind wie Software verschiedener Hersteller.

Aus Gewohnheit erkennen die UNO und die Normen des Völkerrechts die Souveränität der Nationalstaaten an, die in Wirklichkeit bereits vor etwa hundert Jahren ihre Gültigkeit verloren hat und nur noch als Phantomschmerz existiert. Dennoch wird die Souveränität nach wie vor anerkannt und dient manchmal als Argument in der internationalen Politik.

Aus Gewohnheit bewahren einige Institutionen auch Spuren der längst vergangenen bipolaren Welt. Das entspricht zwar überhaupt nicht der Realität, macht sich aber von Zeit zu Zeit bemerkbar – beispielsweise in der Frage der nuklearen Parität zwischen Russland und den USA.

Der kollektive Westen beharrt weiterhin auf Globalisierung und dem Streben nach einer Weltregierung. Das bedeutet, dass alle Nationalstaaten aufgefordert sind, ihre Souveränität zugunsten supranationaler Instanzen wie dem Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte oder dem Haager Tribunal aufzugeben. Die Europäische Union besteht darauf, weltweit ein Vorbild zu sein, wenn es darum geht, kollektive Identitäten auszulöschen und sich von der nationalen Staatlichkeit zu verabschieden.

Die USA – insbesondere unter Trump – verhalten sich unter dem Einfluss der Neokonservativen wie die einzige Hegemonialmacht und betrachten alles, was im Interesse Amerikas liegt, als "Recht". Dieser messianische Ansatz steht teilweise im Widerspruch zum Globalismus, berücksichtigt Europa und den

Internationalismus nicht, besteht aber ebenso vehement auf der Entsouveränisierung aller Staaten – einfach aufgrund des Rechts der Stärke.

Und schließlich zeichnen sich immer deutlicher die Konturen einer multipolaren Welt ab, in der die Souveränität von Zivilisationsstaaten wie dem heutigen China, Russland oder Indien ausgeübt wird. Dies erfordert ein weiteres System des Völkerrechts. Als Vorbild für ein solches Modell können die BRICS-Staaten oder andere regionale Integrationsplattformen dienen – ohne Beteiligung des Westens (da dieser seine eigenen, klarer formulierten und strengeren Modelle mitbringt).

Alle fünf Systeme wirken gleichzeitig und behindern sich natürlich gegenseitig, was zu ständigen Störungen, Konflikten und Widersprüchen führt. Es kommt zu einem logischen Kurzschluss im Netzwerk, der den Eindruck von Chaos oder einfach nur der Abwesenheit jeglichen Völkerrechts erweckt. Wenn es gleichzeitig fünf miteinander unvereinbare Systeme des Völkerrechts gibt, dann gibt es im Grunde genommen gar keines.

Am Rande des Abgrunds

Die Schlussfolgerung aus dieser Analyse ist sehr beunruhigend. Derart große Widersprüche auf globaler Ebene, ein so tiefer Konflikt der Interpretationen, konnten in der Geschichte fast nie (ehrlich gesagt, überhaupt nie) friedlich gelöst werden. Diejenigen, die sich weigern, für ihre Weltordnung zu kämpfen, werden sofort besiegt. Und sie müssen für die Weltordnung anderer kämpfen, allerdings bereits als Vasallen.

Folglich ist ein dritter Weltkrieg mehr als wahrscheinlich. Und im Jahr 2026 ist er wahrscheinlicher als 2025 oder in früheren Jahren. Das bedeutet nicht, dass wir dazu verdammt sind, sondern nur, dass wir uns in einer sehr schwierigen Situation befinden.

Per Definition betrifft ein Weltkrieg alle oder fast alle – deshalb ist er ja ein Weltkrieg. Dennoch gibt es in jedem Weltkrieg Hauptakteure.

Heute sind dies der kollektive Westen in seinen beiden Ausprägungen (liberal-globalistisch und hegemonialistisch) und die aufstrebenden Pole einer multipolaren Welt: Russland, China und Indien.

Alle anderen sind vorerst nur Instrumente.

Dabei hat der Westen eine Ideologie, die multipolare Welt hingegen nicht. Die Multipolarität selbst hat sich bereits insgesamt manifestiert, ist aber ideologisch noch kaum ausgeprägt.

Wenn es kein internationales Recht gibt und es per Definition unmöglich ist, den Frieden von Jalta, die alte UNO und die Trägheit der Bipolarität zu verteidigen, dann muss man ein neues System des internationalen Rechts vorlegen. China unternimmt gewisse Versuche in dieser Richtung (Gemeinschaft eines gemeinsamen Schicksals), Russland in geringerem Maße (Ausnahmen sind die Theorie einer multipolaren Welt und die vierte politische Theorie).

Aber das reicht eindeutig nicht aus. Möglicherweise müssen wir uns in diesem Jahr an einem globalen Kampf aller gegen alle beteiligen, in dessen Verlauf sich die Zukunft, die entsprechende Weltordnung und das System des Völkerrechts entscheiden werden. Derzeit gibt es kein solches System. Aber es muss ein Völkerrecht geben, das es uns ermöglicht, das zu sein, was wir sein sollten – ein Zivilisationsstaat, die russische Welt. Das müssen wir so schnell wie möglich begreifen.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist am 4. Januar 2026 auf [ria.ru](#) erschienen.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.